

Die Grünen: Einschüchterung von *Big Business*

geschrieben von Chris Frey | 26. Januar 2020

Unter Druck von Gruppen wie dem *Rainforest Action Network* hat die *Hartford Insurance Company* [ein Versicherungs-Unternehmen] soeben angekündigt, dass man Investitionen in Kohle-Unternehmen kürzen werde. Ähnlich äußerten sich bald darauf auch *Liberty Mutual Insurance* [ein anderes Versicherungs-Unternehmen] sowie *AXIS Capital*. Die Wall Street Investment-Firma *Goldman Sachs* verkündete ebenfalls kürzlich, dass man keine neuen Kohle-Investitionen tätigen würde und auch nicht in Unternehmen investieren werde, welche in der Arktis nach Öl bohren.

Hartford Insurance beispielsweise hat sich vollständig dem Klima-Alarmismus verschrieben, wobei sogar die vermeintliche Verbindung zwischen Erwärmung und einer größeren Häufigkeit von Stürmen und Überschwemmungen hervorgehoben wurde. Dabei gibt es eine solche Verbindung gar nicht, wie bei CFACT hier erklärt.

Die Ankündigung einer Desinvestition seitens *Goldman Sachs* blieb glücklicherweise nicht unbeantwortet. Der US-Staat Alaska, dessen Wirtschaft stark von der Ölproduktion abhängig ist, kann seine Geschäfte ebenfalls verlagern, indem *Goldman Sachs* einfach außen vor gelassen wird. Gouverneur Mike Dunleavy hat bereits derartige Schritte ins Gespräch gebracht.

Der Gouverneur wies außerdem darauf hin, dass andere Investment-Firmen sehr gut *Goldman Sachs* ersetzen können und dass jedweder Verlust bei der Ölproduktion in Alaska amerikanische Arbeiter und Verbraucher direkt schädigen würde. Derartige Investitionsprogramme dienen auch dazu, anderen Öl produzierenden Nationen zu helfen, in denen es nicht so schwere Umweltvorschriften gibt wie in den USA. Tatsächlich gibt es viele andere Interessenten an arktischen Energie-Ressourcen.

Bzgl. Klima-Alarmisten ist es so, dass Wissenschaft, Historie und die Fakten hinsichtlich der globalen Temperatur nicht zu ihren Computermodellen sowie ihren 30-Jahre-Prophezeiungen über den Niedergang der Erde passten. Folgerichtig bleibt die Öffentlichkeit unbeeindruckt von deren Behauptungen der Dringlichkeit, was ein Grund dafür ist, dass der *Green New Deal* (GND) nicht so bald durch den Kongress kommen wird. Tatsächlich kam es zu der bisher einzigen Abstimmung darüber, als der US-Senat dagegen votierte ohne auch nur eine einzige Zustimmung (Demokraten einschließlich des leitenden Sponsors des GND waren „nicht anwesend“ [voted „present“]).

Zwar stimmt es, dass einige lokale GNDs in New York City, Los Angeles und anderen Orten übernommen worden sind, doch sind die negativen

Auswirkungen und Kosten für die Öffentlichkeit, einschließlich der Rationierung von Energie, um viele Jahre verschoben worden. Auf diese Weise dürften nur wenige Politiker heutzutage abgestraft werden. Kohlenstoff-neutrale Klimaziele beispielsweise werden erst in einem Dutzend Jahren oder in Jahrzehnten Auswirkungen zeitigen, lange nachdem die heutigen Politiker entweder im Ruhestand oder gestorben sind.

Der Punkt hier ist: Ohne die Öffentlichkeit so recht hinter sich zu wissen, haben Klimaextremisten zum Mittel der Drohung gegriffen sowie zum Boykott und zur Einschüchterung hochkarätiger Unternehmen aufgerufen. Dies als ein weiteres Mittel, um die Transformation weg von fossilen Treibstoffen hin zu einem Kohlenstoff-freien Nirvana zu erzwingen, ist vollkommen unrealistisch und ohne Garantie. Aber bei großen Unternehmen geht es immer noch um das Endergebnis, und schlechte Publicity aufgrund einer Kampagne in sozialen Netzwerken kann einen verheerenden finanziellen Effekt hervorrufen – was nur sehr wenige Direktoren riskieren wollen, ob sie nun hinter dem Klima-Alarmismus stehen oder nicht.

Die Anti-Unternehmen-Kampagnen seitens alarmistischer Gruppen für das Lossagen von fossilen Treibstoffen wäre – falls erfolgreich – schädlich für Arbeiter und die US-Ökonomie als Ganzes – ohne dass die Umwelt in irgendeiner Weise davon profitieren würde. Falls das alarmistische Lager es ernst meinen würde, würde es für die Verbannung fossiler Treibstoffe in den Ländern eintreten, die sich nicht um die Umwelt oder um Kohlenstoff-Emissionen scheren. Anfangen könnten sie damit in Ländern wie China und Russland.

Viele in den USA ansässigen Mega-Unternehmen wie Amazon und Apple, auf deren Websites ihr jeweiliger Umwelt-Aktionismus hinaus posaunt wird, sind große Investoren in China ob der daraus resultierenden gigantischen Profite. Sie machen nicht wirklich ernst, Druck auf China auszuüben, sich um das Klima zu kümmern, und ziehen sich auch nicht aus dem diktatorisch regierten Land zurück. China setzt mehr Kohlenstoff frei als die USA und Europa zusammen, schert sich aber nicht um grüne Gruppen oder multinationale Konzerne, um Abhilfe zu schaffen. Diese gar nicht geringe Inkonsistenz zeigt, dass es diesen Gruppen nicht so sehr um die Umwelt oder die globale Temperatur geht, sondern viel mehr um eine Agenda des Anti-Kapitalismus und Anti-Amerika.

Forderungen an Unternehmen, von bestimmten Investitionen die Finger zu lassen, sind ein Angriff auf Wahlfreiheit und den ökonomischen Wohlstand, an dem wir uns als Amerikaner erfreuen – dank bezahlbarer Energie. Falls Unternehmen davon überzeugt sind, dass Klimaziele oder mehr Erneuerbare in ihrem Interesse liegen (finanziell oder aus PR-Gründen), dann ist das ihre Sache. Einschüchterung und Boykottaufrufe von Klima-Alarmisten sind scheinheilig, kontraproduktiv und ultimativ ein Angriff auf die Freiheiten, denen die Amerikaner so viel verdanken.

Autor: Peter Murphy, a CFACT analyst, has researched and advocated for a

variety of policy issues, including education reform and fiscal policy. He previously wrote and edited The Chalkboard weblog for the New York Charter Schools Association, and has been published in numerous media outlets, including The Hill, New York Post and the Wall Street Journal.

Link: <https://www.cfact.org/2020/01/09/greens-intimidating-big-business/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE